

Warum ein ehemaliger Sekpräsident die Primarschulgemeinde auflösen will

Elgg Die Elggerinnen und Elgger stimmen darüber ab, ob die Primarschulgemeinde aufgelöst werden soll. Für Giorgio Bösiger war das Projekt der neuen Sporthalle ein Auslöser, die Initiative einzureichen.

Nicole Döbeli (Interview)

Giorgio Bösiger, in Elgg wird im Mai auf Ihre Initiative hin abgestimmt, ob die Primarschulgemeinde aufgelöst und in die Politische Gemeinde Elgg integriert werden soll. Weshalb wollen Sie eine Einheitsgemeinde?

Nicht nur ich habe mir diese Überlegungen gemacht. In der Soso Elgg, deren Co-Präsident ich bin, diskutieren wir dieses Thema seit ungefähr zwei Jahren. Das Beispiel vom Schulraum, den die Primarschule benötigt, und der Sporthalle zeigt nun deutlich, dass zu viele Köche den Brei verderben. Die beiden Projekte konkurrieren sich. Es wird Zeit, die Gemeinden zusammenzuführen.

Was soll in einer Einheitsgemeinde besser funktionieren als heute?

Die Behörden sitzen von Anfang an zusammen an einem Tisch. Es wird nach wie vor eine Schulpflege geben, sie kann sich aber aufs Wesentliche, nämlich die Bildung, konzentrieren. Für die Finanzen und die Infrastruktur wird die Politische Gemeinde zuständig sein.

Die Primarschulgemeinde wird aufgelöst, die Schulpflege bleibt aber bestehen.

Genau. Es ist sinnvoll, dass es die



Giorgio Bösiger ist ehemaliger Sekundarschulpräsident von Elgg. Foto: Marc Dahinden

«Die neue Sporthalle und der Schulausbau konkurrenzieren sich.»

Schulpflege als Behörde gibt und dass die Präsidentin oder der Präsident der Schulpflege Mitglied des Gemeinderates ist. Sie oder er soll für die Schule gewählt werden und nicht im Gemeinderat das Ressort Schule zugeteilt bekommen.

Verliert die Schulpflege nicht trotzdem an Einfluss?

Ich habe diesen Prozess in Hagenbuch vor etwa zwanzig Jahren schon einmal mitgemacht. Zu Beginn stand ich dem Projekt kritisch gegenüber, aber heute bin ich überzeugt davon. Die Kompetenzen der Schulpflege werden nicht beschnitten. Bildungsprojekte haben bei der Bevölkerung immer eine gute Akzeptanz. Wichtig finde ich, dass die Schulpflege die direkte An-

tragsrecht an die Gemeindeversammlung behält. So ist es momentan auch für die Einheitsgemeinde Wildberg geplant.

Ist die Initiative als Kritik am Projekt Sporthalle zu verstehen?

Nein, gar nicht. Ich bin ein Mensch, der gerne alles möglich machen möchte. Aber die Schule braucht Geld für ihren Ausbau, und die Vereine brauchen Geld für die Sporthalle. Es ist klar, dass auch in Elgg die Bildung Vorrang hat, wenn es hart auf hart kommt. Das Vorgehen wäre einfacher gewesen, wenn die Einheitsgemeinde schon bestanden hätte.

Sieht das der Grossteil der Soso-Mitglieder auch so?

Die Initiative ist kein direkter Vorstoss der Soso Elgg. Wir haben in der Vernehmlassung zur neuen Gemeindeordnung aber eingegeben, dass die Einheitsgemeinde ernsthaft geprüft werden soll. Es ist eine anspruchsvolle Situation. Wir möchten unsere Behördenmitglieder eigentlich stützen, pflegen intern aber auch bewusst kontroverse Diskussionen. Wir haben im Verein Mitglieder der Primarschulpflege, die eher gegen eine Einheitsgemeinde ist. Und wir haben Mitglieder des Gemeinderats, der eher dafür ist. 2013 hat die Soso Stimmfreigabe für die Abstimmung über die Schule Eulachtal beschlossen, und Elgg hat die Grossfusion schliesslich plätzen lassen. Die Primarschulpräsidentin und ich als Sekundarschulpräsident waren damals Teil der Behörden, die den Fusionsantrag stellten.

Wieso soll es mit dieser Initiative nun klappen?

Gegenüber einer Fusion mit Hofstetten zeigte sich Elgg zu Beginn auch sehr verhalten – und dann ging es plötzlich sehr reibungslos. Ich glaube, man darf keine zu grossen Schritte machen. Man hätte die Einheitsgemeinde schon bei der Fusion mit Hofstetten aufs Tapet bringen können, aber die Volksseele braucht Zeit.

Glauben Sie, die Primarschulpflege wird ihre Eigenständigkeit einfach aufgeben?

Es liegt in der Natur der Sache, dass sie ihre Stellung verteidigt. Zum einen hängen kleinere Gebilde stärker an ihrer Selbstständigkeit als grössere, zum anderen möchten sie natürlich sicher sein, dass ihre Anliegen weiterhin gehört werden.

Elgg steht mit dieser Idee nicht alleine da.

Im Kanton ist es eindeutig: Etwa

Gemeinderat sieht Initiative positiv, Primarschulpflege ist überrascht

Der **Elgger Gemeinderat** hat die Initiative Ende Dezember für gültig erklärt. Im Mai wird es eine Grundsatzabstimmung geben, und die Stimmbewölkerung wird eine Weisung erhalten. «Wir sind dem Anliegen gegenüber grundsätzlich positiv eingestellt», sagt Christoph Ziegler, Präsident der Politischen Gemeinde (Soso Elgg & GLP). Es sei ein Zeichen der Zeit, viele Gemeinden im Kanton seien schon Einheitsgemeinden. «Wir sehen auch gewisse Synergien, die genutzt werden könnten», sagt Ziegler. Die Politische Gemeinde kümmere sich heute schon operativ um die Finanzen der Primarschulgemeinde. Zukünftig könnte sie auch alle Liegenschaften managen.

75 Prozent der Gemeinden sind Einheitsgemeinden. Nach der Fusion mit Hofstetten ist das Gebiet nun auch deckungsgleich, und es bräuchte keine Anschlussverträge für die Primarschule mehr.

Was ist mit der Sekundarschulgemeinde, zu der auch Hagenbuch gehört?

Das ist nicht Ziel der Initiative. Es soll, wie gesagt, kein zu grosser Schritt werden. Die Entwicklung geht aber sicher hin zu eher grossen Gemeindegebilden.

«Die Initiative ist für die **Primarschulpflege Elgg** überraschend gekommen», sagt Präsidentin Monika Brühwiler (SVP). Man befasse sich zurzeit damit, welche Folgen eine Annahme der Einzelinitiative hätte, und versuche, die organisatorischen, strukturellen und finanziellen Konsequenzen auszuleuchten. Es gehe letztlich um die Frage, wozu denn ein Zusammenschluss dienen soll, sagt Brühwiler: «Ist es im Sinne der Schule und der Schülerinnen und Schüler, wenn die Fusion ohne die Sekundarschule stattfindet?» Dieser Prozess müsse umfassend und sorgfältig gemacht werden. Deshalb gebe es noch keine offizielle Zustimmung oder Ablehnung. (nid)

Gemeinden des Stammertals krankten an ähnlichen Stellen

Stammheim Noch vor der Fusion sollten die Einwohner der drei Talgemeinden ihre Wohnorte beurteilen.

Die erste Runde des «Fusions-Checks» zeigt: Die Oberstammheimer haben ihre Gemeinde vor der Fusion am besten bewertet, die Waltalinger waren am kritischsten, und die Unterstammheimer verorteten sich irgendwo dazwischen. Der «Fusions-Check» wurde vom Zentrum für Verwaltungsmanagement der Fachhochschule Graubünden entwickelt. Er werde bei 42 Gemeinden, darunter auch Illnau-Effretikon und die Glarner Gemeinden, angewandt.

Dreimal werden die Einwohner befragt: vor dem Zusammenschluss, kürzere Zeit nach dem Vollzug der Fusion und mindestens fünf Jahre danach. Stammheim als Gemeinde besteht seit dem 1. Januar 2019. Die Ergebnisse der Befragungen, die im November 2018 stattfanden, sind auf der Website der Gemeinde (www.stammheim.ch) einsehbar. Welche Effekte die Fusion hatte, kann erst nach der Auswertung der zweiten Befragung eruiert werden. Ein Termin hierfür müsse noch definiert werden, schreiben die Verfasser des Berichts.

Kritik an Behörden

Rund ein Drittel der Einwohner aus jeder Gemeinde hat den Fragebogen ausgefüllt. Die meisten gehören der Alterskategorie 31 bis 65 Jahre an. Es sei dennoch davon auszugehen, dass die Ergebnisse repräsentativ seien.



Seit einem Jahr ist Stammheim eine Gemeinde. Drei Befragungen sollen zeigen, was die Fusion bewirkt hat. Foto: Heinz Kramer

Einig waren sich die Talbewohner vor der Fusion vor allem im Punkt «Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde». Vielfach auch in den Kommentaren gelobt wurde die Wohn- und Lebensqualität, insbesondere Landschaft und Natur. Daran ändert auch eine Fusion nichts.

Dafür hatte sie Einfluss auf anderes – etwa auf die Behördenmitglieder. Besonders die Unterstammheimer waren ihrer Gemeindebehörde gegenüber in der Befragung kritisch. Lediglich 70 Prozent äusserten starkes oder eher starkes Vertrauen gegenüber den Gewählten; in Ober-

stammheim und Waltalingen waren es 90 Prozent.

Die Befragten aus allen drei Gemeinden gaben sich schlechte Noten in Sachen Aussenwirkung. Die Autoren des Berichts stellen einen Zusammenhang mit der Grösse her: Die grösste Gemeinde (Oberstammheim)

empfand ihre Aussenwirkung als weniger gering als die kleinsten (Waltalingen). Demnach müsste die fusionierte Gemeinde mit 2740 Einwohnern dies in der nächsten Befragung besser bewerten.

Eva Wanner

Viermal Ersatzwahl

Wahlen Insgesamt vier Personen aus Ellikon an der Thur, Schlatt, Turbenthal und Neftenbach treten aus Behörden zurück.

In den amtlichen Anzeigen vom vergangenen Freitag war das Wörtchen Ersatzwahl gleich viermal zu lesen: In Ellikon an der Thur (Rechnungsprüfungskommission), in Schlatt (Gemeinderat), Turbenthal (Sekundarschulpflege) und Neftenbach (reformierte Kirchenpflege) werden neue Behördenmitglieder gesucht. In Schlatt wird Gemeinderätin Jacqueline Beugger per Ende März «aufgrund einer beruflichen Veränderung» zurücktreten, wie der Schlatter Gemeindeschreiber Peter Leemann im «Tössthaler» sagt. Beugger war seit 2006 im Amt, zuerst als Hochbau-, dann als Sozialvorsteherin. In Ellikon an der Thur beendet der neu gewählte Gemeinderat Alfred Bader seine Tätigkeit in der Rechnungsprüfungskommission, die er seit 2006 ausübte. In Turbenthal wird ein Nachfolger für Christiane Tüscher gesucht, sie war ebenfalls seit 2006 im Amt. In Neftenbach sucht die reformierte Kirchenpflege nach dem Rücktritt von Peter Schmid nicht nur ein neues Mitglied, sondern auch gleich einen neuen Präsidenten. Die erste, 40-tägige Frist für eine Bewerbung dauert jeweils bis zum 19. Februar. (gab)